

## Spenden kostet nichts!

Die SVP geht in der Parteienfinanzierung neue Wege. Mitglieder und Sympathisanten, die sich bei der Firma profiTEL anmelden, spenden 10 % ihrer Telefongesprächskosten der SVP, und das bei tiefen Tarifen. Die entstehenden Mittel kommen dem SVPja sowie den Orts- und Kantonalparteien zugute. **Seiten 6-7**



### Neuausrichtung in der Asylpolitik

Seite 3

von Regierungsrätin Rita Fuhrer, Direktorin für Sicherheit und Soziales Kanton Zürich

### Pessimismus in der Landwirtschaft

Seite 5

Guy Parmelin, Grossrat und Präsident SVP Waadt, macht sich Sorgen um die Zukunft der Landwirtschaft

### Ja zur AHV-Goldinitiative

Seiten 8, 9, 13, 14

Mit dem SVP-Volksbegehren können die AHV-Renten gesichert und Steuererhöhungen vermieden werden.



## Verkehrspolitik in der Sackgasse

# Standpunkt

In der Sommersession erlitt Bundesrat Leuenberger mit seinem Staatsvertrag eine peinliche Niederlage. Es gibt in der neueren Geschichte keine vergleichbare Blamage eines Bundesrates mit einem internationalen Vertrag. Das Nein dient hoffentlich dem Gesamtbundesrat als Rückenstärkung für eine harte Haltung, wenn er die Interessen der Schweiz zu vertreten hat. Vorseilender Gehorsam und anbietende Unterwürfigkeit sind keine Erfolgspositionen für eine Landesregierung.

Mit der gleichen nachgiebigen Haltung hat unser Verkehrsminister seinerzeit im Rahmen der bilateralen Verträge über den Landverkehr verhandelt. Wartezeiten auf der Nordsüdachse für den Schwerverkehr sind seit der vorzeitigen Aufgabe der 40 Tonnen-Limite - wie von der SVP prognostiziert - an der Tagesordnung. Damit ist die schweizerische Wirtschaft nicht nur durch die LSVA belastet, sondern wird mit langen und unberechenbaren Wartezeiten zusätzlich behindert. Zur reinen Schikane verkommt das Dosiersystem am Gotthard mit dem Einbahnverkehr für den Schwerverkehr im Tunnel. Die Massnahme ist reine Verkehrsverhinderungspolitik und hat mit Sicherheitsfragen wenig zu tun. Der Ferienverkehr wird zu zusätzlichen Staus führen. Der Kanton Tessin wird faktisch immer mehr von der übrigen Schweiz abgespalten. Kurz, der Nord-Süd-Verkehr steht vor dem Grounding.

Zur Verbesserung der Situation sind das Dosiersystem sofort aufzuheben und der Gegenverkehr wieder zuzulassen. Die Kontrollen des Schwerverkehrs haben intensiv zu erfolgen, die Abwicklung am Zoll ist zu verbessern. Die Warteräume für den Schwerverkehr sind nicht in den engen Bergtälern, sondern an den Landesgrenzen anzulegen. Nachdem die Grenzen der Gotthardachse täglich sichtbar werden, sind neue Kontingente auf die Kapazität und nicht auf die Wünsche der EU auszurichten. Nachverhandlungen dazu sind zwingend. Ferner ist die Sicherheit des Strassenverkehrs mit baulichen Massnahmen zu verbessern. Dazu gehören der Ausbau der Nordrampe und die zweite Gotthard-Röhre. Sollte die Verlagerung auf die Schiene einmal klappen, müssen Leistungen und Anschlüsse endlich konkret, und nicht nur verbal, verbessert werden. ◀

**Nationalrat Ueli Maurer, Präsident SVP Schweiz**



## Volksvermögen gehört dem Volk - und nicht der Kantonsregierung...

**Das Seilziehen um die Verwendung der überschüssigen Goldreserven der Nationalbank ist in vollem Gange. Die Kantone und die Anhänger der Erpressungstiftung engagieren sich um die Zuteilung des Nationalbankgoldes. Mangels Argumenten greifen die Gegner der AHV-Goldinitiative zu allerlei Tricks, um das Volksbegehren in Misskredit zu bringen.**

Die AHV-Goldinitiative will die überschüssigen Goldreserven dem Volk zurückgeben. Dies geschieht am besten über die AHV, weil davon jeder profitiert. Damit sind aber nicht alle einverstanden: Die Kantonsregierungen hätten das Geld lieber für sich. Linke und Freisinnige wollen die Goldreserven in eine sog. „Solidaritätsstiftung“ stecken.

An der Pressekonferenz des Gegenkomitees staunten die Journalisten nicht schlecht: Während die Goldinitiative für die AHV nur ein „Tropfen auf den heissen Stein“ sei, erbringe der Gegenvorschlag namhafte Leistungen für die AHV. Wie kann es sein, dass ein Drittel genügt, aber drei Drittel zu wenig sind..? Weiter behaupten die Gegner, die AHV-Goldinitiative brauche das Vermögen auf einen Schlag auf, während der Gegenvorschlag die überschüssigen Reserven „nachhaltig bewirtschaftete“. Dies ist schlicht falsch: Die Goldinitiative will, dass die Währungsreserven „oder deren Erträge“ dem AHV-Fonds zugewiesen werden. Es kann keine Rede davon sein, dass die Goldinitiative das Vermögen nicht nachhaltig anlege.

Auch die Unabhängigkeit der Nationalbank würde durch die AHV-Goldinitiative nicht geschwächt. Genau das Gegenteil ist der Fall! Die Initiative regelt ein für allemal, was mit überschüssigen Nationalbank-Reserven zu tun ist: Diese oder deren Erträge sind dem AHV-Fonds zuzuweisen. Die Initiative nennt absichtlich keinen Betrag: Der Entscheid über die Höhe der nicht mehr benötigten Reserven liegt allein bei der unabhängigen Nationalbank. Das Argument, es sei eine Schwäche der Goldinitiative, dass sie keine fixe Summe nenne, ist völlig widersinnig. Nicht die AHV-Goldinitiative, sondern höchstens das politische Seilziehen der Gegner um die Verwendung der Reserven übt politischen Druck auf die Nationalbank aus. ◀

**Gregor A. Rutz, Generalsekretär**



## Asylpolitik an den wirklichen Problemen ausrichten

**Die Gewährung von Schutz an Flüchtlinge und vorübergehend Verfolgte hat in unserem Land eine lange Tradition, über die auch heute ein breiter gesellschaftlicher Konsens besteht.**

Das Asylgesetz sieht in Art. 3 die Asylgewährung vor für Personen, die in Ihrem Heimatstaat oder im Land, in dem sie zuletzt wohnten, wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Anschauungen ernsthaften Nachteilen ausgesetzt sind, oder begründete Furcht haben, solchen Nachteilen ausgesetzt zu werden. Und Art. 4 des gleichen Gesetzes sieht vor, dass die Schweiz Schutzbedürftigen für die Dauer einer schweren allgemeiner Gefährdung, insbesondere während eines Krieges oder Bürgerkrieges sowie in Situationen allgemeiner Gewalt, vorübergehenden Schutz gewähren kann.

Dass unser Land und seine Bevölkerung bereit sind, in aussergewöhnlichen Situationen auch aussergewöhnliche Leistungen zu erbringen, hat sich letztmals im Zusammenhang mit der Flüchtlingswelle während des Kosovo-Krieges gezeigt. Wenn heute von Problemen im Asylwesen und einer zunehmenden Strapazierung der Hilfsbereitschaft die Rede ist, so geht es eben weder um Flüchtlinge, welche die Asylvoraussetzungen erfüllen, noch um Personen, die vorübergehend Schutz bei uns suchen. Die wirklichen Probleme, über die leider immer noch zu wenig offen informiert wird, - und diese Kritik zielt auch an die Adresse des Bundes, in dessen Zuständigkeit die Asylgesetzgebung fällt - sind:

► Die Tatsache, dass die weit überwiegende Zahl der Personen, die ein Asylgesuch bei uns stellen, die Voraussetzungen nicht erfüllen. Krasses Beispiel sind die derzeit steigenden Zahlen von Asylgesuchen von Schwarzafrikanern, die gemäss Aussagen des Chefs des Bundesamtes für Flüchtlinge zu mehr als 95 % abgelehnt werden. Dazu kann es nur kommen, weil das Risiko eines abgelehnten Asylgesuches offensichtlich nicht davon abhält, ein solches Gesuch zu stellen. Und damit sind wir beim zweiten und noch entscheidenderen Problem:

► Unsere Asylpolitik ist zu wenig konsequent darauf angelegt, dass Ablehnung eines Asylgesuches oder gar ein Nichteintretens-Entscheid zwingend eine Rückkehr bedeuten muss. Vielmehr gelingt es abgewiesenen Asylbewerbern - etwa mit der Behauptung, über keine Papiere zu verfügen - sich der Heimkehr erfolgreich zu widersetzen, da selbstverständlich kein Land gezwungen werden kann, Personen aufzunehmen, deren Staatsangehörigkeit nicht erwiesen ist. Dass sie dabei von der fehlenden Kooperationsbereitschaft gewisser Staaten profitieren, kommt hinzu. Weiterhin haben die abgewiesenen Asylbewerber aber auch Teil an unserem Sozial- und Gesundheitswesen, anders etwa als in den Niederlanden, wo nach Abweisung eines Gesuches keine staatliche Unterstützung mehr ausbezahlt wird. Ausserdem belas-

ten sie damit weiter die Unterbringungs- und Betreuungsstrukturen. Und langwierige Rechtsmittelverfahren erlauben es abgewiesenen Asylbewerbern zusätzlich, den Aufenthalt bei uns zu verlängern. Ein geradezu tragisch-falsches Signal setzte die Aktion "HUMAK 2000", denn sie weckte selbstverständlich die Hoffnung, irgendwann könne man selbst in den Genuss einer solchen "Aufräumaktion" kommen, wenn es nur gelingt, die Rückkehr lange genug zu verzögern. Und das ausgerechnet in einer Zeit, in der anliegende Länder ihr Asylrecht verschärfen.

Noch einmal: Unser Problem sind nicht Flüchtlinge und Schutzsuchende. Unser Problem sind Ausländerinnen und Ausländer, die anderweitig nicht zu einem Aufenthaltsrecht bei uns kämen, und unter dem Titel "Asyl" einen Aufenthalt zu ergattern versuchen. Das unterwandert gleichermassen die Ausländerpolitik und die humanitär orientierte Asylpolitik. Ein Patentrezept dagegen gibt es nicht. Aber zwei Forderungen richten sich klar an die Adresse des Bundes:

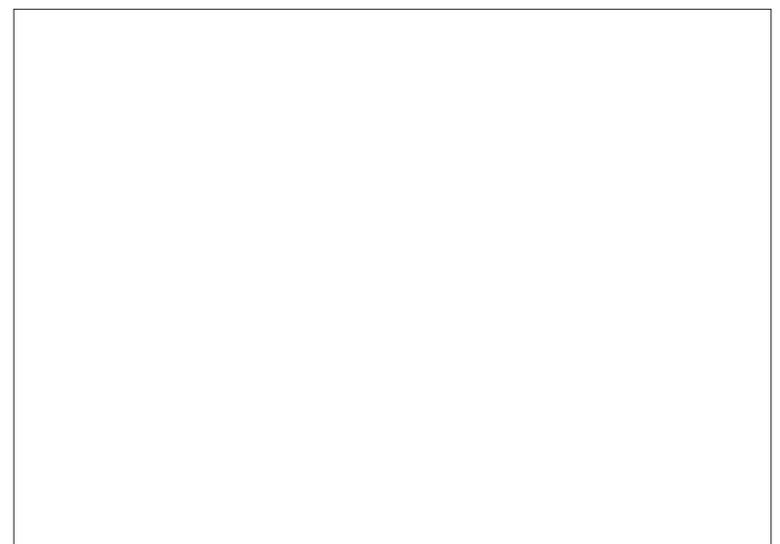
► zum einen das Anlie-



► Regierungsrätin Rita Fuhrer, Direktorin für Sicherheit und Soziales Kanton Zürich

gen, offen und ungeschönt über dieses Problem zu informieren

► zum andern die Forderung, dass er alle seine Mittel, auch die Mittel der Aussenpolitik, dafür einsetzt, dass Asylverfahren rasch durchgeführt werden und abgewiesene Personen auch wirklich heimkehren müssen. ◀



## SVP trauert um Ständerat Rico E. Wenger

**Mit Bestürzung und grosser Trauer hat die SVP-Bundeshausfraktion vom Tod ihres lieben Kollegen Ständerat Rico Ernst Wenger-Grossenbacher Kenntnis nehmen müssen. Rico Wenger vertrat den Kanton Schaffhausen seit 1999 in der kleinen Kammer.**

In der Nacht auf den 11. Juni 2002 ist Rico E. Wenger aus Stein am Rhein nach längerer, mit grosser Tapferkeit ertragener Krankheit verstorben.

Rico E. Wenger wurde in den Gesamterneuerungswahlen im Jahr 1999 als Nachfolger von Bernhard Seiler, ebenfalls SVP, in den Ständerat gewählt. Vor seiner Wahl ins eidgenössische Parlament war Rico E. Wenger von 1981-1996 Mitglied des Grossen Rates des Kan-

tons Schaffhausen, den er 1993 präsidierte. Parallel dazu gehörte er dem Einwohnerrat des Städtchens Stein am Rhein an und war von 1988 - 1997 Kantonalpräsident der SVP Schaffhausen. Rico E. Wenger war also ein Politiker durch und durch und hat während eines grossen Teils seines Lebens der Öffentlichkeit gedient. In Bern hat sich der Unternehmer Rico E. Wenger rasch eingelebt. Er wurde Präsident der Finanzdelegation beider Räte, war Vizepräsident der ständerätlichen Finanzkommission

und Mitglied der ständerätlichen Kommissionen für Ausussenpolitik und Staatspolitik.

Leider müssen wir allzufrüh - es sind noch nicht einmal drei Jahre her, seit Rico E. Wenger sein Amt in Bern angetreten hat - von ihm wieder Abschied nehmen. Er war ein engagierter Kollege in unserer Fraktion und für unsere Partei ein verlässlicher Politiker, der sich trotz seiner Krankheit bis zum Schluss auch in der Öffentlichkeit stets für unsere zentralen Anliegen wie Freiheit, Unabhängigkeit, aber auch Eigenverantwortung eingesetzt hat. Wir werden uns noch lange an die schönen Stunden mit Rico E. Wenger erinnern.

Seiner Familie danken wir für die Nachsicht, die sie Rico E. Wenger wegen seiner politischen Aktivitäten immer wie-



► Ständerat Rico E. Wenger, Stein am Rhein (SH)

der entgegenbringen musste. Wir sprechen seinen Angehörigen unser aufrichtiges Beileid aus und wünschen ihnen viel Mut und Kraft, die kommende schwere Zeit ohne Rico E. Wenger zu bestehen. ◀

Nationalrat  
Caspar Baader,  
Fraktionspräsident

## Unsinniger Ärzttestopp

**Weil sich Bundesrätin Dreifuss nicht auf das Inkrafttreten der Bilateralen Verträge vorbereitet hat, muss sie jetzt mit einem Ärzttestopp die Notbremse ziehen. Diese Massnahme kommt für Jungärzte einem Berufsverbot gleich. Für die SVP gibt es nur eine Lösung: Der Kontrahierungszwang ist aufzuheben.**

Im überregulierten Gesundheitswesen unseres Landes ist jede Krankenkasse gesetzlich verpflichtet, jede Rechnung jedes Arztes zu bezahlen, wenn die erbrachte Leistung auf dem Katalog des Bundesamtes steht (Kontrahierungszwang). Schwarze Schafe, von denen es nach Angaben des FMH-Präsidenten Brunner Dutzende gibt, werden von diesem System gedeckt. So kommt es zu skandalösen

Zuständen, wie z.B. den Labors, die auf Rechnungen aufgeführt werden, aber gar nicht existieren.

Eine neuerliche Zusatzbelastung ergibt sich durch das Inkrafttreten der Bilateralen Verträge am 1. Juni 2002. Ärzte aus EU-Ländern erhalten die gleichen Rechte wie Schweizer Ärzte. Sie können sich in unserem Land niederlassen und erhalten ein garan-

tiertes Einkommen. Um der absehbaren Flut von Neuansmeldungen zuvorzukommen, will das EDI nun für Ärzte einen generellen Stopp von Neuzulassungen verhängen.

### Berufsverbot

Vom Zulassungsstopp ebenfalls betroffen sind Schweizer Ärzte, die eine Praxis eröffnen möchten. Für sie kommt die planwirtschaftliche Massnahme aus dem Departement Dreifuss einem Berufsverbot gleich. Es ist paradox, dass das EDI vom Bund mehr Geld für die Bildung verlangt und gleichzeitig den mit grossem Aufwand ausgebildeten Ärzten mit langer Weiterbildung im Spital den Weg zur eigenen Praxis versperrt.

### SVP-Prämien-senkungs-initiative

Für die SVP ist klar, dass der Kontrahierungszwang aufzuheben ist. Krankenkassen und Ärzte müssen miteinander individuell Verträge abschliessen können. Damit entsteht ein Markt, der die Profiteure des Systems in die Schranken weist. Die Aufhebung des Kontrahierungszwangs ist deshalb ein wichtiger Pfeiler der Prämien-senkungsinitiative der SVP, die an der Delegiertenversammlung vom 24. August in Lugano verabschiedet werden soll. ◀

Yves Bichsel,  
Pressesprecher

# Für eine Landwirtschaft, die ihres Namens würdig ist

Obwohl die erste Bilanz der Agrarpolitik 2002 für die Schweizer Bauern alles andere als beruhigend ausgefallen ist, gehen die Bundesbehörden unbeirrt den Weg zu einer verstärkten Liberalisierung weiter und verzichten weitgehend auf flankierende Massnahmen.



► Weitverbreiteter Pessimismus in der Schweizer Landwirtschaft

Im letzten Jahr hat das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) - gegen alle Vorbehalte aus bäuerlichen Kreisen - triumphierend verkündet, dass die Einkommensverbesserung in der Landwirtschaft eine Folge der neuen Bundespolitik sei. Ein Jahr später sieht alles wieder schlecht aus. Nur verschliesst man sich auf höchster Ebene der Realität.

Viele Betriebe sind Konkurs gegangen oder stehen kurz davor. Andere können nichts mehr amortisieren.

## Vogel-Strauss-Politik

Der Lebensstandard der Landwirte ist dramatisch eingebrochen. Alkoholismus, Schei-

dungen und andere Familiendramen haben stark zugenommen.

Trotz der kommenden Katastrophe verharret der Bund in seiner Vogel-Strauss-Politik. Ich kann es nicht glauben, dass der verantwortliche Bundesrat Pascal Couchepin nichts anderes weiss, als die Grösse der Betriebe von 15 auf 30 Hektaren zu verdoppeln, um die Situation zu verbessern. Einerseits fehlen allermeist die nötigen Finanzen, um Land zu kaufen und den Betrieb zu erweitern, andererseits besteht wegen der Politik der Direktzahlungen keinerlei Anreiz, das Land zu verpachten. Und auch wenn die gewünschte Vergrösserung der Betriebe erreicht werden soll-

te, zeigen uns die Beispiele aus dem Ausland, dass damit die Probleme keineswegs gelöst werden.

Wenn das Bundesamt den Bauern wirklich rasch helfen will, muss es unbedingt auf weitere Kürzungen der marktstützenden Massnahmen verzichten, einen genügenden Schutz an der Grenze garantieren (im Einklang mit WTO und den Bilateralen) und auf jede neue Belastung der Landwirtschaft verzichten.

Ausserdem ist es von grösster Bedeutung, den neuen Rahmenkredit auf der ursprünglich vorgesehenen Höhe beizubehalten. Ansonsten kann keine effiziente Landwirtschaftspolitik betrieben werden. Nicht zu vergessen sind die punktuellen Massnahmen in Bezug auf die Besteuerung der Kapitalerträge, welche dringend umzusetzen sind und einen sanfteren Strukturwandel ermöglichen würden.

## Rasches Handeln

Falls jetzt nicht rasch gehandelt wird, wird der vorherrschende Pessimismus für die Zukunft der Schweizer Landwirtschaft weiter zunehmen.



► Guy Parmelin  
Präsident SVP Waadt

Wenn das programmierte Versagen der Politik für alle offensichtlich wird, wird ein umfassendes Wissen eines ganzen Berufsstandes auf dem Altar des grenzenlosen Liberalismus mit unabsehbaren Folgen für das ganze Land geopfert worden sein. Ich kann nicht akzeptieren, dass unsere Regierung derart blind ist und erwarte mit Ungeduld die nötigen Massnahmen, welche das besorgniserregende Abdriften korrigieren. ◀

4.027

## ZUPPIGER & PARTNER

Wirtschafts- und Unternehmensberatung

Schweizergasse 14, Postfach 1013  
8021 Zürich  
Telefon 01 226 15 15, Fax 01 226 15 25  
E-Mail: zuppiger-bruno@bluewin.ch

Büro Hinwil:  
Bruno Zuppiger  
Rebaldenstrasse 10, 8340 Hinwil  
Telefon 01 937 34 57  
Fax 01 977 23 90

- Unternehmensberatung für Klein- und Mittelbetriebe (sämtliche Bereiche der Unternehmensführung von der Gründung bis zur Liquidation)
- Kaderselektion und Personalvermittlung
- Treuhandwesen (Finanz- und Rechnungswesen, Buchhaltungen usw.)
- Beratung in Rechts-, Finanz- und Verwaltungsfragen

# Wechseln Sie jetzt zu profiTEL:



**Toni Brunner**  
**Vize-Präsident SVP Schweiz**

„Seit ich über profiTEL telefoniere, telefoniere ich noch lieber und dennoch günstiger. Denn von jedem Franken an Telefongebühren kommen 10 Rappen direkt wieder an die SVP zurück.“

Wechseln auch Sie zu profiTEL. Sie profitieren von günstigen Tarifen und unterstützen mit 10% Ihrer Telefongebühren die wertvolle Arbeit unserer Partei.

Besten Dank für Ihre Anmeldung“

- **Sie unterstützen unsere Partei mit 10% Ihrer Telefongebühren.**
- **Sie behalten Ihre bisherige Nummer. Es ist keine technische Installation nötig**
- **Sie telefonieren mit sehr günstigen Tarifen**
- **Die Umschaltgebühr übernimmt profiTEL für Sie**

## Anmeldung

Sie müssen nur das Anmeldeformular ausfüllen ..... und alles Andere erledigen wir für Sie!

Ja, ich melde mich an und unterstütze mit 10% meiner Gesprächsgebühren die SVP, ohne dass dabei die Preise erhöht werden.

Herr       Frau

Name ..... Vorname .....

Adresse ..... Postfach .....

PLZ/Ort ..... E-Mail .....

Telefon ..... Geburtsdatum (freiwillig) .....

Fax .....

ISDN .....

Bei einem ISDN-Anschluss geben Sie bitte alle ISDN-Nummer an.

Bitte hier Ihre zu unterstützende Kantonal- und Ortssektion eintragen: .....

X Ort/Datum ..... X Unterschrift .....

# Mitglied telefoniert - SVP profitiert!

Für die Finanzierung unserer Partei wird ein neues Standbein aufgebaut. Mitglieder und Sympathisanten der SVP können über die Telefonrechnung die SVP unterstützen. Die SVP wird mit den dabei gewonnenen Mitteln ihre Sektionen sowie ihre Parteizeitung "SVPja" unterstützen.

Mitglieder und Sympathisanten der SVP können ihre Telefongespräche fortan über die profiTEL AG, eine private Telefongesellschaft, abwickeln. 10 % des Preises, der für die Telefongespräche bzw. für die Verbindung ins Internet verrechnet wird, überweist profiTEL der SVP als Spende,

die erst noch von den Steuern abgezogen werden kann (je nach Kanton). Weil profiTEL auf aufwendige Werbekampagnen verzichtet, können trotz der Spendenauszahlung konkurrenzfähige Gesprächstarife angeboten werden (7.7 Rp./min. Festnetz, siehe auch [www.profitel.net](http://www.profitel.net)).

## Einfache Sache

Die Sache funktioniert ganz einfach: Es braucht keine technische Installation. Sie können Ihre Nummer behalten und müssen auch keine spezielle Vorwahl einstellen. Eine Mindestvertragszeit gibt es nicht. Alles was ändert, ist dass Sie die Rechnung für Ihre Gespräche in Zukunft von der profiTEL erhalten.

## Prämie für Ortssektionen

Die 10 %, die der SVP ausgeschüttet werden, werden fol-



profiTEL

gendermassen aufgeteilt: 5 % fürs SVPja, 3 % für die Kantonalsektion und 2 % für die Bezirks- bzw. Ortssektion. Sämtliche SVP-Ortsparteien werden demnächst eingeladen, unter ihren Mitgliedern Teilnehmer für das neue Projekt anzuwerben. Ortssektionen, die bis Ende August 10 Kunden für dieses Projekt gewinnen können, erhalten von der profiTEL eine Start-up-Prämie von 1000.- Franken. ◀

# Bewegte Session

## Rico Wenger hinterlässt eine Lücke

Die Sommersession war überschattet vom Hinschied von Ständerat Rico Wenger. Zahlreiche Mitglieder von National- und Ständerat liessen es sich nicht nehmen, nach der Morgensitzung am 18. Juni nach Stein am Rhein zu fahren, um persönlich von ihrem Ratskollegen Abschied zu nehmen.

## Chaos im Sessionsprogramm

Dauerndes Sessionsprogrammwechsel entnervte nicht nur die Parlamentarier, sondern auch die Mitbetroffenen - z.B. das Generalsekretariat - da es

die Vorbereitung der Fraktions-sitzung erschwerte. Das Chaos gipfelte in der nicht zu Ende geführten Eintretensdebatte zur Bürgerrechtsrevision, die erst vom Programm gestrichen, dann auf Drängen der SVP wieder auf die Traktandenliste gesetzt worden war, schliesslich vom Rat aber doch nicht zu Ende beraten wurde.

## Einsatz für sinnvolle Lösungen

Das Behindertengesetz sorgte für heisse Köpfe. Die SVP wehrte sich gegen eine Verstaatlichung und Überregulierung des Zusammenlebens behinderter und nicht-behinderter Menschen und wollte den Entwurf zurückweisen.

Leider ohne Erfolg. Es gelang aber, wenigstens die übertriebensten Artikel zu entschärfen.

## Heisse Debatten um den Wirtschaftsplatz Schweiz

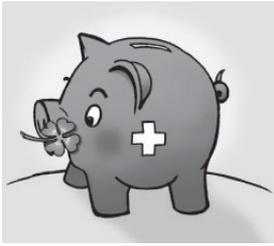
Um wichtige Entscheide für den Standort Schweiz ging es beim höchst umstrittenen Kernenergiegesetz. Kümmerliches Resultat der langen Debatte: Beratung nicht zu Ende geführt, aber bisheriges Resultat soweit befriedigend. Mit der Ablehnung des Staatsvertrags mit Deutschland im Luftverkehr zeigte sich der Nationalrat willig, für die Interessen des Wirtschaftsstandortes Schweiz auf die Hinterbeine zu stehen. Man darf gespannt

sein auf die Reaktion des Ständerats.

## Per Car nach Zug

In die bewegte Session passte auch der ebenso bewegte Fraktionsausflug, der diesmal in den Kanton Zug zu Nationalrat Marcel Scherer führte. Von der Zuger SVP perfekt organisiert, blieb nicht nur Zeit zum Golfen und Schiff-fahren, sondern auch für so manches informelle, aber um so informativere Gespräch zwischen eidgenössischen Parlamentariern und Freunden der SVP. ◀

Aliki M. Panayides,  
stv. Generalsekretärin



# Volkvermögen gehört dem Volk!

Die Bundesverfassung soll mit folgendem Initiativtext ergänzt werden:

## Art. 99 Abs. 3a (neu)

Werden Währungsreserven für die geld- und währungspolitischen Zwecke nicht mehr benötigt, so sind diese oder deren Erträge von der Nationalbank auf den Ausgleichsfonds der Alters- und Hinterlassenenversicherung zu übertragen. Die Bundesgesetzgebung regelt die Einzelheiten.

### **Volkvermögen dem Volk zurückgeben!**

Die Goldreserven gehören dem Volk, sind Volkvermögen. Von all den verschiedenen Möglichkeiten, wie man die überschüssigen Reserven an das Volk zurückführen könnte, ist die beste und gerechteste Lösung die Zuweisung an den AHV-Fonds. Die Überweisung der überschüssigen Goldreserven in den AHV-Fonds ermöglicht, dass die gesamte in der Schweiz arbeitende Bevölkerung am Volkvermögen teilhaben kann. Es geht deshalb nicht an, dieses Geld in eine Stiftung zu pumpen oder es den Kantonen zu geben und diese so zu irgendwelchen weiteren Mehrausgaben zu ermuntern.

### **Für tiefe Steuern - damit allen mehr zum Leben bleibt.**

Die AHV-Goldinitiative verhindert die zusätzliche Erhöhung der Mehrwertsteuer. Mit der 11. AHV-Revision sind Mehrwertsteuererhöhungen von 1,5% geplant. Mit der Annahme der Volksinitiative kann auf die vom Nationalrat beschlossene Erhöhung um 0,5% im Jahr 2008 verzichtet werden. Jede Erhöhung der Mehrwertsteuer bedeutet eine Verminderung der Kaufkraft. Mit der AHV-Goldinitiative bleibt allen mehr zum Leben!

### **Ein Beitrag zur Sicherung der AHV.**

Die AHV-Rente stellt für eine Mehrheit der Bevölkerung die Lebensexistenz nach der Pensionierung sicher. Die Finanzperspektiven der AHV sind jedoch alles andere als rosig. Deshalb will die AHV-Goldinitiative die nicht mehr benötigten Währungsreserven oder deren Erträge dem AHV-Fonds zukommen lassen. Ohne Rentenkürzungen, ohne weitere Lohnprozente und bis mindestens 2012 auch ohne zusätzliche Mehrwertsteuerprozente ist die AHV gesichert, wenn die Erträge aus den nicht mehr benötigten Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank der AHV zugute kommen. Die AHV-Goldinitiative trägt so zur Sicherung der wichtigsten Sozialversicherung, der AHV, bei.

### **Die Schweiz darf sich nicht erpressen lassen.**

Die sog. „Solidaritätsstiftung“ kam auf internationalen Druck, namentlich aus Kreisen in den USA, zustande. Der Bundesrat liess sich durch die Erpressungsversuche einschüchtern und präsentierte dem Parlament in voreuseilendem Gehorsam die Stiftungs-idee. Erst auf Druck der AHV-Goldinitiative der SVP wurde beschlossen, die Stiftung einer Volksabstimmung zu unterziehen. Die überschüssigen Goldreserven dürfen nicht einer erpresserischen Stiftungs-idee zugewiesen werden. Am 22. September stellt sich die Frage: Sollen die überschüssigen Goldreserven für die Sicherheit der AHV oder für eine fragwürdige „Solidaritätsstiftung“ verwendet werden?

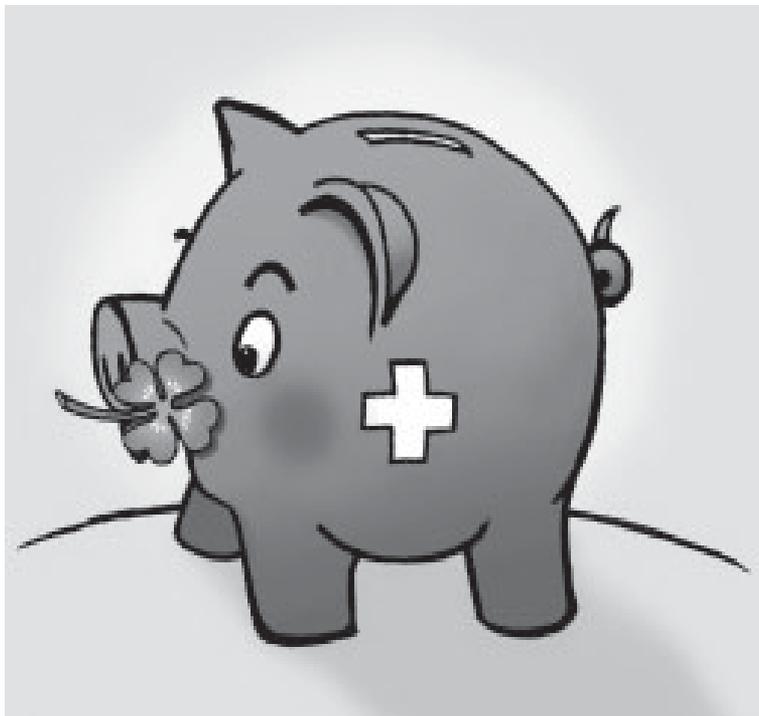
### **Die AHV-Goldinitiative geht verantwortungsvoll mit den Goldreserven um.**

Die AHV-Goldinitiative bestimmt ein für allemal, was mit überschüssigen Währungsreserven zu tun ist. Jahrelangem Seilziehen um neue Ausgabemöglichkeiten wird ein Riegel geschoben: Von der Nationalbank ausgesonderte und nicht mehr benötigte Währungsreserven oder deren Erträge gehören in den AHV-Fonds. Mit der vorgeschlagenen Verfassungsänderung geschieht eine doppelte Investition für die Jugend: Heute weniger Steuern und Abgaben, morgen Genuss der Rente.

**Darum am 22. September**  
**JA zur AHV-Goldinitiative der SVP**  
**NEIN zum Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament**



# Verfassungslücke schliessen



Mit der Annahme der neuen Bundesverfassung und dem neuen Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel wurde per 1. Mai 2000 die Goldbindung des Frankens gelöst. Expertenkommissionen stellten daraufhin fest, dass die Nationalbankreserven um rund 20 Milliarden Franken uberdotiert seien. Dies entspricht etwa der Hälfte der 2'600 Tonnen Gold, welche die Nationalbank an Währungsreserven hält.

Die sogenannten ordentlichen Erträge der Nationalbank werden bis heute nach einem bestimmten Schlüssel den Privataktionaren, dem Bund und den Kantonen ausgeschüttet. Die neue Bundesverfassung regelt in Art. 99 die Geld- und Währungspolitik d.h. die Wahrungshoheit. Die Verwendung der uberschussigen Währungsreserven bleibt jedoch offen. Diese Verfassungslucke wird durch die AHV-Goldinitiative geschlossen.

Die Währungs- und Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank sind mit dem Geld der Schweizer Bevölkerung angelegt worden: Das Gold ist Volksvermögen. Wenn diese Reserven jetzt nicht mehr gebraucht werden, sollen sie den ursprünglichen Eigentümern zurückerstattet werden. Von allen Möglichkeiten, wie man die uberschussigen Goldreserven dem Volk zurückgeben könnte, ist die beste und gerechteste Lösung die Zuweisung an den AHV-Fonds. Deshalb hat die SVP die AHV-Goldinitiative lanciert. Die AHV-Goldinitiative strebt eine Änderung (Teilrevision) der Schweizerischen Bundesverfassung an und will so sicherstellen, dass die gesamte Bevölkerung am uberschussigen Gold teilhaben kann.

**Bestellen Sie jetzt Unterlagen und  
Werbematerial zur AHV-Goldinitiative sowie  
Zusatzexemplare der Sondernummer  
SVPja Nr. 8 / 2002!**

**Siehe Bestelltalon auf Seite 13**

**Den aktuellen Veranstaltungskalender zur  
AHV-Goldinitiative finden Sie auf Seite 14**

**Weitere Informationen finden Sie ausserdem auf  
[www.ahv-goldinitiative.ch](http://www.ahv-goldinitiative.ch)**

# Soll die Betreuung unserer Kinder verstaatlicht werden?

**Kürzlich wurde im Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt ein Vorstoss an die Regierung überwiesen, der ein Recht auf einen staatlich subventionierten Kinderbetreuungsplatz verlangt.**

Welch ein volkswirtschaftlicher Unsinn: Eine Durchschnittsfamilie mit zwei Kindern erzielt nicht mehr als ein zusätzliches Einkommen von 4000 CHF pro Monat, wenn die Kinder ins Tagesheim gegeben werden und beide Elternteile voll- statt nur teilerwerbstätig sein können. Ein Heimplatz kostet 112 CHF pro Tag. Bei 20 Tagen und zwei Kindern sind dies 4480 CHF im Monat. Die Eltern verdienen somit weniger, als die ausserfamiliäre Betreuung kostet!

Darin liegt auch der Grund, weshalb vom Markt her kaum

Tagesbetreuungsplätze geschaffen werden, obwohl überall zu hören ist, dass eine grosse Nachfrage besteht. Diese Nachfrage entsteht nur, weil die Eltern lediglich im Schnitt einen Viertel der Kosten übernehmen müssen. Den Rest bezahlt ja der Staat.

Es ist höchste Zeit, dass bezüglich Wichtigkeit der Familie, insbesondere der zentralen Stellung der Frau, umgedacht wird. Da uns Frauen biologisch gesehen nun einmal die Aufgabe zugeteilt ist, die Kinder zu gebären, liegt es an uns, sie mit unserer natürlich angeborenen Verbundenheit zu

behüten. Kein Tagesheim kann diese innige, liebevolle Zuwendung ersetzen. In der Familie werden die Werte weitergegeben, die den Bestand unseres liberalen Staatswesens sichern. Die Folgen beim Auseinanderbrechen dieses Gefüges sind bestens bekannt: Drogenkonsum, Sozialfälle, Isolation und Gewalt.

Die Leistungen der Familie werden von der Tagesbetreuungslobby ins Gegenteil verdreht. Heimkinder würden beispielsweise besser in der Schule sein und weniger zu kriminellen Handlungen neigen - Behauptungen, die allen anständigen Eltern ins Gesicht schlagen. Doch so schafft es eine Studie der Stadt Zürich zum Schluss zu kommen, dass Subventionen für Tagesheime gewinnbringend seien. Der beschriebene volkswirtschaftliche Unsinn kommt aller-

dings trotzdem zum Ausdruck, indem die ausgewiesenen erzielten Mehreinkommen der Eltern (44 Mio.) nur wenig über den Kosten der Heime liegen (39 Mio.).

Tagesheimplätze können in bestimmten Situationen nützlich sein, z. B. für Ein-Kind-Familien oder für Eltern, die beide sehr gut verdienen. Es wäre aber menschlich wie finanziell fatal, wenn der Staat solche Plätze nach dem Giesskannenprinzip subventioniert. Da es bisher jedoch keine Partei wagt, dagegen anzukämpfen, eröffnet sich der SVP ein Profilierungsfeld für die nächsten Wahlen... ◀

**Roland Herzig,  
Unternehmer / Grossrat BS und  
Daniela Schmidlin-Wirth,  
Mutter von 2 Kindern,  
langjährige Tagesmutter,  
Grossrätin BS**

## Krippenplätze für verantwortungsmüde Eltern?

**Als Exekutivpolitikerin, und damit als Frau aus der Praxis muss ich mich gegen die Verallgemeinerung im Artikel von Herrn Nationalrat Stahl entschieden wehren (siehe SVPja Nr. 5). Es ist völlig unbestritten, dass die Eltern die Verantwortung für ihre Kinder haben und diese auch wahrnehmen sollen.**

Wir müssen uns jedoch an die Realitäten halten und nicht irgendwelchen Wunschträumen nachhängen. Wir leben im 21. Jahrhundert. Wir brauchen gut ausgebildete Arbeitskräfte. Wenn wir sie nicht im eigenen Land finden, müssen wir sie aus dem Ausland holen. Ist es dann rein volkswirtschaftlich gesehen sinnvoll, gut ausgebildete Frauen zu

Hause zu lassen, statt dass sich das Paar in die Betreuungsarbeit teilt und dort, wo die Kapazität nicht ausreicht, mit einer externen Betreuung ergänzt? Ist es sinnvoller, Eltern welche aus verschiedenen Gründen keinen existenzsichernden Lohn erwirtschaften können über Jahre mit Fürsorgeleistungen zu unterstützen, statt ihnen mit einer

Teilzeitbetreuung ihres Kindes unter die Arme zu greifen? Finden wir es wirklich in Ordnung, dass 45 % der Schulkinder nicht betreut sind, wenn sie nicht in der Schule sind und dann herumhängen?

Die Zeit der Grossfamilien ist vorbei, ob wir dieser Tatsache nachtrauern oder nicht. Wir haben eine Zunahme von Alleinerziehenden, welche dringend auf ergänzende Kinderbetreuung angewiesen sind, ob wir nun diese gesellschaftliche Entwicklung gut finden oder nicht. Ich bin immer wieder mit Fällen konfrontiert, wo wir Kinder nur bei den Eltern belassen können, wenn eine Betreuung in einer

Kindertagesstätte sichergestellt ist, sonst müssten wir die Kinder in einem Heim fremdplatzieren, was eine sehr kostenintensive Angelegenheit ist.

Wir Politikerinnen und Politiker betonen immer wieder, dass für uns der Mensch im Mittelpunkt steht und dass Kinder unsere Zukunft sind. Geben wir also unsern Kindern die Chance, dort wo es nötig ist mitzuhelfen, dass sie kindgerecht betreut und gefördert werden. Kinder sind nicht nur Privatsache! ◀

**Gemeinderätin Ursula Begert,  
Direktorin für Soziale  
Sicherheit der Stadt Bern**



## Die Wirtschaft der Schweiz

Die vom Internationalen Währungsfonds IWF jährlich publizierte Studie über die Wirtschaft der Schweiz zeigt ein Bild, das bei Beobachtern Bewunderung oder Neid erregen könnte: Eines der höchsten Pro-Kopfeinkommen der Welt, die niedrigste Inflationsrate, die tiefsten Zinsen, die besten Arbeitslosenzahlen in Europa, im europäischen Vergleich hohe Spar- und Investitionsquoten. Dazu kommen eine starke Währung, üppige Währungsreserven, ein Spitzenrang bei Wettbewerbsfähigkeit und Standortqualität. Ist es Zeit zum Feiern?

### Schwacher Trend und zu viel Staat

Zurückzulehnen und zu feiern wäre in der Zeit des raschen Wandels und des harten internationalen Wettbewerbs gefährlich. Schwächen zu kurieren, ist angezeigt. Solche finden sich im Mangel an Dynamik unserer Wirtschaft: Der Währungsfonds positioniert die Schweiz am Ende der europäischen Wachstums-Rangliste. Unser Land schöpft seine Möglichkeiten nicht aus. Dafür wuchsen in den 90-er Jahren vor allem die Staatsausgaben. Die einst niedrige Staatsquote haben wir verloren. Dass dem nicht so sein muss, demonstriert das einstige Armenhaus Europas, Irland, dessen Staatsquote noch 1985 auf dem schlechten EU-Durchschnitt lag. Heute steht es zusammen mit den USA auf dem Siegespodest. Die Schweiz treibt Richtung EU-Durchschnitt. Damit einher gegangen ist eine steigende Schuldenlast der öffentlichen Hand, vor allem des Bundes. Verschuldung und hohe Staatsquote behindern die Effizienz der Wirtschaft. Mehr Staat beschneidet das Wirkungsfeld des disziplinierenden Wettbewerbes. Zudem stört der Staat bei seiner Mittelbeschaffung durch Steuern das Funktionieren des Preismechanismus.

Der IWF fordert in seiner Ana-

lyse eine Stärkung des Wettbewerbes in der inländischen Wirtschaft. Er empfiehlt eine Aufwertung der Wettbewerbskommission, die Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes, der Postdienste und der Landwirtschaft. Schliesslich ortet er im Gefolge des Swissair-Debakels Handlungsbedarf bei der Corporate Governance und der Transparenz der grossen schweizerischen Unternehmen.

### Starker Finanzsektor

Der Finanzsektor spielt eine besondere Rolle für den Wohlstand der Schweiz. Mit einem Anteil von rund 11 Prozent an der gesamten Wertschöpfung bilden die Banken die bedeutendste Branche unseres Landes. Ihr Wertschöpfungsanteil ist rund doppelt so hoch wie in Deutschland und den USA. Daher ist die Beurteilung des Finanzbereiches durch den Währungsfonds besonders interessant. Die Resultate des erstmals durchgeführten Financial System Stability Assessment sind positiv. Gesetzgebung, Aufsicht und Risikomanagement werden als solid und intakt beurteilt. Unsere Börsen-, Zahlungs- und Abwicklungssysteme erhalten Bestnoten. Das schweizerische Anti-Geldwäscherei-Dispositiv orientiert sich an höchsten internationalen Stan-

dards. Das oft gescholtene Bankkündengeheimnis bildet nach Meinung der Chefin der schweizerischen Meldestelle für Geldwäscherei kein Hindernis im Kampf gegen die Geldwäscherei. Auch der IWF kritisiert es nicht, sondern bezeichnet Vertraulichkeit neben Verlässlichkeit und Professionalität als Basis des Private Banking-Geschäftes.

### Was ist zu tun?

Wirtschaft und Staat sollen vor allem drei Disziplinen pflegen: Die Kundennähe, den Wettbewerb und die Transparenz des eigenen Tuns. Den Unternehmungen kann man die Pflege der Kundennähe getrost überlassen. Wettbewerb und Transparenz brauchen dagegen gesetzliche Leitplanken. Zudem sollten aufmerksame Kunden, Aktionäre, Angestellte sowie die Öffentlichkeit und Medien den Unternehmungen auf Finger und Lippen schauen.

Für die Politik gelten die gleichen Regeln: Direkte Demokratie und Föderalismus zwingen den Staat zu Kundennähe und sollen noch vermehrt dafür sorgen, dass die Einwohner für moderate Steuern angemessene Leistungen erhalten. Transparenz über die Ziele und das Verhalten des Staates ist eine wichtige Voraussetzung für das Funktio-



► Prof. Dr. Hans Geiger, Institut für schweizerisches Bankwesen, Universität Zürich

nieren dieses politischen Marktes. Der Föderalismus sorgt für Wettbewerb unter Gemeinden und Kantonen, welcher hier die gleichen segenreichen Wirkungen zeigt wie in der Wirtschaft. Nähe zum Bürger, der willens ist, für sich selbst Verantwortung zu übernehmen, wird zusammen mit Wettbewerb und Transparenz zur Reduktion der Staatsquote führen. Gegenüber anderen Ländern muss die Schweiz die drei Disziplinen selbstbewusst, standfest und glaubwürdig vertreten. Dazu gehört, den internationalen Wettbewerb über Harmoniebestrebungen zu stellen. Für eine solche Schweiz bin ich optimistisch. ◀

# SVP verhindert neue Staats-Propaganda

Der Nationalrat wollte in der Sommersession dem Bund die Möglichkeit geben, vor Nationalratswahlen „Informations- und Sensibilisierungskampagnen“ durchzuführen. Auf Antrag von SVP-Nationalrat Marcel Scherer (ZG) wurde der entsprechende Artikel in letzter Minute gestrichen.

Mit Unbehagen erinnert sich die SVP an die „Aufklärungsarbeit“, die der Bund im Vorfeld der UNO-Kampagne geführt hatte. Mit dem Segen von National- und Ständerat durfte das Departement Deiss 2 Millionen Franken ausgeben, um Abstimmungspropaganda zu Gunsten des UNO-Beitritts im ganzen Land zu verteilen.

In der Revision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte wollten Bundesrat und Nationalrat dem Bund - ähnlich zur UNO-Kampagne - die Kompetenz erteilen, vor Nationalratswahlen „Informations- und Sensibilisierungskampagnen“ durchzuführen. Diese sollten gemäss Nationalrat die Stimmbeteiligung, junge Kandidatinnen und

Kandidaten sowie einer ausgeglichene Vertretung der Geschlechter im Parlament fördern. Der Ständerat lehnte solche Kampagnen jedoch mehrmals ab.

Schliesslich kam das Geschäft in die Einigungskonferenz von National- und Ständerat. Die SP-Präsidentin und der CVP-Präsident brachten als „Kompromiss“ den Vorschlag, diese Kampagnen auf 2003 und 2007, gewissermassen als Provisorium, zu beschränken. Da hinreichend bekannt ist, wie schnell aus Provisorien feste Bestimmungen werden, hat SVP-Nationalrat Marcel Scherer aus Hünenberg (ZG) der Einigungskonferenz beantragt, gänzlich auf solche Pro-

paganda zu verzichten und gewann dafür eine Mehrheit in beiden Räten.

Das Schweizer Volk braucht keine staatliche Belehrung mit erhobenem Zeigefinger über gute und schlechte Kandidaturen. Es kann und soll bei Wahlen und Abstimmungen eine freie Entscheidung treffen. Die schlechten Erfahrungen aus dem UNO-Abstimmungskampf haben gezeigt, dass sämtliche Bestrebungen hin zu mehr Einfluss des Bundes auf die demokratische Meinungsbildung strikte abzulehnen sind. ◀

Yves Bichsel  
Pressesprecher SVP Schweiz

## W+W Ihre Partner für Finanz- und Vorsorgeplanung

- Persönliche Finanzplanung
- Liegenschaftsfinanzierung
- Unternehmensplanung
- Risiko- und Altersvorsorge
- Vorzeitiger Ruhestand

Wolfgang und Marianne Wolfsgruber  
Röschenächerstrasse 4 - 8907 Wettswil  
Telefon 01 701 20 42 - [www.wolfsgruber.ch](http://www.wolfsgruber.ch)

*Am Anfang jeder starken Werbung steht das Inserat!*

Gerne senden wir Ihnen unverbindlich den aktuellen SVPja-Inseratetarif.  
Telefon 031 302 58 58 oder [svpja@svp.ch](mailto:svpja@svp.ch)

## Impressum SVPja

Herausgegeben von der Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheint 12 Mal im Jahr

Verantwortlich für die Redaktion:  
Dr. Yves Bichsel

Anzeigenverwaltung:

Simon Glauser, Tel 031 302 58 58, Fax 031 301 75 85, [svpja@svp.ch](mailto:svpja@svp.ch)

Postadresse:

Generalsekretariat SVP, Brückfeldstr. 18, Postfach, 3000 Bern 26  
Tel 031 302 58 58, Fax 031 301 75 85, [svpja@svp.ch](mailto:svpja@svp.ch)

Abonnementspreise:

Jahresabonnement für Nicht-Parteimitglieder 35.-  
Parteimitgliedern wird die Zeitung gratis zugestellt.

Bankverbindung:

Stiftung SVPja, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:

Verlag Zofinger Tagblatt, Henzmannstr. 18, 4800 Zofingen  
Tel. 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

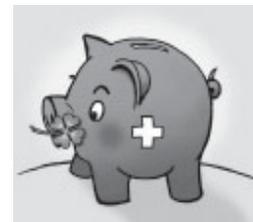
Adressänderungen:

siehe Adresse "Druck"



## Bestelltalon

### Unterlagen und Werbematerial für die AHV-Goldinitiative



.....	Expl.	Plakat B4	89,5 x 128 cm
.....	Expl.	Kleinplakat	A3, 29,7 x 42 cm
.....	Expl.	Flugblatt	A4, 21 x 29,7 cm
.....	Expl.	Kleber	10,5 x 10,5 cm
.....	Expl.	Kandelaberplakat	70 x 35 cm, gefalzt auf 35 x 35 cm (einfache Montage)
.....	Expl.	Argumentarium	
.....	Expl.	Sondernummer SVPja Nr. 8 / 2002	-20 / Stk. (Bestellen bis 31. Juli 2002)

Name ..... Vorname .....

Adresse ..... PLZ/Ort .....

Telefon ..... Mail .....

Ort ..... Datum ..... Unterschrift .....

Bitte Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach, 3000 Bern 26, per Fax an 031 301 75 85 oder Mail [gs@svp.ch](mailto:gs@svp.ch)

# STADLER

*Clevere Lösungen auf der Schiene*

## Damit Bahnfahren Spass macht.

Stadler Bussnang AG  
9565 Bussnang  
Telefon 071 626 20 20  
E-Mail [stadler.bussnang@stadlerrail.ch](mailto:stadler.bussnang@stadlerrail.ch)





Datum / Ort / Zeit	Art der Veranstaltung	Referenten
Dienstag, 2. Juli 2002, 20.15 Uhr Restaurant Stauffacher, Schwyzerstr. 4, 6422 Steinen (SZ)	Sonderparteitag SVP Kanton SZ	NR Peter Föhn, NR Toni Eberhard
Mittwoch, 3. Juli 2002, 20.00 Uhr Payerne (VD)	Débat contradictoire	NR Jean Fattebert
Mittwoch, 3. Juli 2002, 20.00 Uhr Saalbau Kirchberg (BE)	Sonderparteitag SVP Kanton BE	
Donnerstag, 4. Juli 2002, 19.30 Uhr Mehrzweckhalle Fuchsrain, Möhlin (AG) Türöffnung 18.45, Eintritt frei	Podiumsdiskussion	NR Christoph Blocher und NR Regina Aeppli Wartmann, Gesprächsleitung Peter Bertschi
Samstag, 13. Juli 2002, 09.00 - 11.30 Uhr Marktgasse beim Justiziabrunnen Winterthur (ZH)	Standaktion	NR Hans Fehr und NR U. Schlüer
Dienstag, 13. August 2002, 20.00 Uhr Grellingen (BL), Restaurant Chez Georges	Podiumsdiskussion	NR Toni Brunner und SR Christiane Brunner
Donnerstag, 14. August 2002 Holziken (AG)	Podiumsdiskussion	NR Christoph Blocher und NR Urs Hofmann
Samstag, 17. August 2002, 14.30 Uhr Hochdorf (LU), Brauerei	Öffentliche Veranstaltung	NR Hans Fehr
Montag, 19. August 2002, 20.00 Uhr Restaurant Engel, Hasle (LU)	Podiumsdiskussion	NR U. Schlüer
Dienstag, 20. August 2002, 20.00 Uhr Yverdon (VD)	Débat contradictoire	NR Jean Fattebert

Online-Bestellung auf [www.svp.ch](http://www.svp.ch)

Bestellung SVP Shop 

 VICTORINOX

Neu im SVP Shop:  
Original Victorinox Offiziersmesser  
mit 12 Funktionen

..... Expl. Offiziersmesser	Original Victorinox	Fr. 20.--
..... Expl. Kleber	Bogen à 35 Kleber	Fr. 6.--
..... Expl. Jass	deutschschweizer Karten    franz. Karten	Fr. 3.--
..... Expl. Ballone	Sack à 50 Stück	Fr. 40.--
..... Expl. Kugelschreiber		Fr. 2.50
..... Expl. Feuerzeug	nachfüllbar	Fr. 5.--
..... Expl. Tischtuchrolle	PVC, 1 x 100 m	Fr. 100.--



**Fr. 20.--**

Alle Preise exkl. Versandkosten; inkl. MWST

Name ..... Vorname .....

Adresse ..... PLZ/Ort .....

Telefon ..... Mail .....

Ort ..... Datum ..... Unterschrift .....

Bitte Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach, 3000 Bern 26, per Fax an 031 301 75 85 oder Mail [gs@svp.ch](mailto:gs@svp.ch)



# Eine Kandidatur mit grosser Signalwirkung

**Gibt es nach 1948 in St. Moritz im Jahr 2010 wiederum Olympische Winterspiele in der Schweiz? Der Bernische Grosse Rat setzte im Juni ein positives Zeichen für die Kandidatur. In einem Jahr fällt der definitive Entscheid.**



► Als aktiver Sportler setzt sich Grossrat Adrian Amstutz für die Olympiakandidatur „Berne 2010“ ein.

Am 2. Juli 2003 wird das Internationale Olympische Komitee (IOC) unter maximal acht Bewerbern entscheiden. Kommt die Winterolympiade 2010 in die Schweiz? Das Kandidaturkomitee „Berne 2010“ will die Spiele unbedingt in die Schweiz holen und hat dazu gute Karten. Eine Kandidatur, die weit über die Landesgrenzen hinausstrahlt. Weil das Ganze auf bestehenden Sportinfrastrukturen und dem bestehenden Verkehrsnetz mit sehr gutem öffentlichen Verkehr aufbaut, hat diese Olympia auch eine nachhaltige Wirkung. Es wird keine Retorten-Olympiade aus dem Boden gestampft, die dann wie eine Seifenblase platzt. Die Führungsmannschaft um Martin Hodler bewies bisher gut-schweizerische Bodenhaftung und will eben kein gigantisches oder überhebliches Projekt realisieren. Deshalb hat der Bern-

nische Grosse Rat zum Engagement des Kantons überzeugt und deutlich ja gesagt zu zwei Krediten.

Die vorgesehene Beteiligung des Kantons Bern beträgt 22,5 Mio Franken. Am 22. September entscheidet das Berner Volk abschliessend über zwei Rahmenkredite, die Signalwirkung haben. Denn in den Kantonen Waadt, Wallis und Freiburg befinden die Parlamente im Herbst über ähnliche Vorlagen.

Die öffentliche Hand finanziert gemäss Konzept von „Berne 2010“ vor allem langfristig nutzbare Infrastrukturen. Sie trägt als Eigenkapitalgeberin das Risiko eines Verlustes bis zu 7,5 Franken mit. Dafür kann sie aber im Gegenzug auch von einem allfälligen Gewinn profitieren. Die Privatwirtschaft trägt dagegen den Hauptteil der Durch-

führungskosten und die Kosten aller speziell für den Anlass anfallenden Anpassungen. Wie sollen die vom Grossen Rat gesprochenen Gelder eingesetzt werden?

► 15 Millionen Franken sollen für eine neue Eishalle und den Ausbau bestehender Eissportanlagen gebraucht werden. Die Mittel kommen aus dem Sportfonds, sind also keine Steuergelder. Konkret geht es um einen Ersatz des über 30-jährigen Allmendstadions in Bern. Gebaut werden soll eine neue, multifunktionale Anlage. Dazu braucht es eventuell die Anpassung bestehender Anlagen, beispielsweise in Biel, Thun oder Langnau. Der Neubau in der Bundeshauptstadt ist mittelfristig unabhängig von der Durchführung einer Olympiade nötig. Der vom Grossen Rat genehmigte Kredit von 12 Mio Franken dafür bewilligte Kredit würde allerdings nochmals vor den Grossen Rat kommen, wenn „Bern 2010“ den Zuschlag nicht erhalten sollte. Die Reserven zum Ausbau anderer Eissportanlagen in der Höhe von 3 Mio Fr. würden in diesem Fall nicht beansprucht.

► Mit 7,5 Mio Franken will sich der Kanton an der Gesellschaft beteiligen, die zur Durchführung der Spiele gegründet wird. Dadurch wird das Risiko begrenzt. An einem allfälligen Gewinn würde der Kanton Bern anteilmässig beteiligt. Bei einem Verlust ist das Risiko auf diese 7,5 Mio Franken beschränkt. Diese Kosten fallen nur an, wenn „Berne 2010“ die Spiele auch wirklich durchführen kann. Das Geld wird in diesem Fall zwischen 2004 und 2010 in Teilzahlungen geleistet werden müssen. Schliesst die

## Kurzportrait

**Adrian Amstutz, wohnhaft in Sigriswil, ist Präsident des Verbandes Bernischer Gemeinden. Der Mitinhaber und Geschäftsführer eines Unternehmens ist selber sportlich. Er war Mitglied der Fallschirm-Nationalmannschaft, deren Trainer sowie Weltcupsieger und sechsfacher Schweizermeister. Der Sigriswiler ist verheiratet und Vater dreier Kinder.**

Winterolympiade mit Gewinn ab - dazu sollten wir eigentlich wie 1994 in Lillehammer, 1998 in Nagano und kürzlich in Salt Lake City auch fähig sein - so erhalten die Aktionäre ihre eingesetzten Mittel und die öffentliche Hand ihre Investitionskosten retour.

Die Olympiakandidatur hat internationale Ausstrahlung. Trotz harten Sanierungsmassnahmen müssen im Kanton Bern auch wirtschaftliche und gesellschaftliche Impulse gegeben werden. Man kann den Kanton ja nicht einfach die nächsten zehn Jahre auf Eis legen. Am 22. September 2002 hat das Volk dazu das letzte und entscheidende Wort. ◀

# Freunde und Interessen

England habe keine ewigen Freunde und keine ewigen Feinde, nur ewige Interessen: Lord Palmerston goss, vor über anderthalb Jahrhunderten, kaltes Wasser über allzu romantische Vorstellungen der internationalen Politik. Die Zeitungen lehren uns jeden Tag, dass sich weder an der Richtigkeit noch an der Aktualität der Erkenntnis des grossen Briten das Geringste geändert hat.

Auf unsere Heimat angewendet bedeutet dies, dass wir allen Ländern und allen Menschen Achtung entgegenbringen sollen und zugleich die Interessen der Schweiz mit Nachdruck, mit Ausdauer und mit Standvermögen verfolgen. Die Neutralität zum Beispiel ist nicht verhandelbar, das Bankgeheimnis ist nicht verhandelbar, das Schützenwesen als Quelle der Wehrhaftigkeit ist nicht verhandelbar.

Kein Mass an Druck, kein Mass an Schmeichelei und kein Mass an Pseudowissenschaftlichkeit darf uns dazu bringen, diese Stützpunkte unseres politischen Lebens und unserer politischen Identität aufzugeben. Punkt.

tität aufzugeben. Punkt.

Wer weiss, wo er steht, braucht keine Angst vor der Freundschaft mit anderen zu haben, weil er genau weiss, bis wohin diese Freundschaft gehen kann und wo sie ihre Grenze finden muss und wird. Es ist vielmehr ein angenehmes Gefühl, gute Freunde zu haben. Unser Land hat, zum Glück, viele Freunde. Lord Palmerston hat selber, bereits als Knabe, zu diesen Freunden der Schweiz gehört. Palmerstons Königin Victoria hat nicht zu Unrecht einem halben oder auch einem ganzen Dutzend grosser Hotels in der Schweiz den Namen gegeben, Churchill und Montgomery sind, ein Jahrhundert später, in ihre Fusstapfen getreten und noch heute erfreut sich die Schweiz einer grossen Popularität bei zahlreichen Briten. Diese Freundschaft wollen und werden wir nie verstecken. Wir stehen dazu und wollen sie unseren Kindern und Enkeln hinterlassen!

Es ist keine fehlerfreie Methode, aber es ist eine gültige erste Annäherung an die Beurteilung eines Menschen, einer

Familie, eines Landes, nach den Freunden zu fragen. Und nach den Feinden! Eine Blütenlese von Äusserungen über die Schweiz fördert zum Beispiel Äusserungen der Diktatoren Stalin und Mussolini und Hitler zutage („das widerwärtigste und erbärmliche Volk und Staatengebilde“) welche der Schweiz noch in einer fernen Zukunft zur Ehre gereichen werden.

Heute ist die grosse Zeit der Diktatoren, wenigstens vorläufig, vorbei, wengleich noch mehr als genug kleinere Tyrannen auf dem Erdball ihr Unwesen treiben. Niemand mehr in der Verantwortung sagt aber heute, für uns hörbar, derart üble Dinge über die Schweiz wie seinerzeit der übelste Diktator von allen. Es ist vielmehr Usanz geworden, das Wort „Freund“ sehr schnell und sehr häufig auszusprechen. Dagegen ist nichts einzuwenden, diese Haltung ist wenigstens ein verbales Unterpfand einer friedlicheren Welt. Unrealistische Erwartungen sollten damit jedoch nicht verknüpft werden. Nicht alle, die freundlich sprechen, sind vom gleichen Wohlwollen



► Bundesrat Samuel Schmid

unserem Land gegenüber beiseht.

Unsere Interessen zu wahren ist nicht davon abhängig, ob der Verhandlungspartner Diktator ist oder Demokrat, Royalist oder Republikaner und auch nicht davon, ob er als Kritiker auftritt oder als Freund.

Freuen wir uns über unsere vielen Freunde! Und behalten wir gleichzeitig unverwandt unsere Augen darauf, woran sich schweizerische Politik zuerst und zuletzt und immer zu orientieren hat, auf unseren Landesinteressen. ◀

## Taten statt Worte

### (SVP) Die SVP fordert eine sofortige steuerliche Entlastung für Familien mit Kindern.

Sie verlangt in einer Parlamentarischen Initiative die Erarbeitung eines dringlichen Bundesbeschluss, der allen Familien mit Kindern ab dem Jahr 2003 bis zum Inkrafttreten der Familienbesteuerungsreform einen jährlichen Steuererrabatt von 10% auf den direkten Bundessteuern gewährt.

Die SVP hat 1999 als erste Partei die Situation erkannt und Steuersenkungen insbe-

sondere auch zur Entlastung der Familien mit Kindern gefordert. Bundesrat und Parlament sind sich einig, dass Familien mit Kindern gegenüber Konkubinatspaaren steuerlich nicht länger zu benachteiligen sind. Konkrete Massnahmen, um die Belastung der Familien mit Steuern, Abgaben und Gebühren zu mildern, sind aber nach wie vor nicht umgesetzt worden. Die SVP und auch die Familien mit Kindern lassen sich nicht mehr länger

durch Worte vertrösten. Statt Samstagsreden und grossspurigen Wahlversprechen fordert die SVP Taten, um den längst erkannten Missstand zu beheben.

Nachdem die ständerätliche Kommission für Wirtschaft und Abgaben das vom Nationalrat zügig verabschiedete Steuersenkungspaket durch langwierige Abklärungen und weitere Vernehmlassungen und Diskussionen verschleppt hat, muss das Parlament mit einem dringlichen Bundesbeschluss für die notwendige

Entlastung der Familien sorgen. Mit einem dringlichen Bundesbeschluss sollen alle Familien mit Kindern bereits bei der Steuerrechnung 2003 in den Genuss eines 10% Rabattes auf den direkten Bundessteuern kommen.

Gleichzeitig fordert die SVP die sofortige Behandlung des Steuerpaketes. Sie hält am im Nationalrat verabschiedeten Paket ohne Abstriche fest und setzt darauf, dass dieses im Jahr 2004 in Kraft gesetzt werden kann. ◀